

Artikel aus „Die Welt“, Ausgabe Mittwoch, 13.05.2015

Streit um Wohnquartier – Wedel verklagt Hamburg

Julia Witte genannt Vedder

Streitpunkt ist ein Bebauungsplan für die Stadtgrenze zwischen Rissen und Wedel. Denn der durchkreuzt die Pläne der Schleswig-Holsteiner zur Ansiedelung eines Gewerbeparks an der Elbe.



Die Simulation zeigt den in Wedel geplanten „Business Park am Elbufer“ an der Stadtgrenze von Wedel zu Hamburg. Das Projekt liegt auf dem Gebiet der Gemeinde Wedel

Foto: Stadt Wedel

Es ist ein Kampf David gegen Goliath: Auf der einen Seite steht die Stadt Wedel, die auf einem alten Raffinerie-Gelände an der Elbe einen Gewerbepark errichten will. 18 Hektar ist das Areal groß, auf dem sich Firmen und mit ihnen mehrere Tausend Arbeitsplätze ansiedeln sollen.

Auf der anderen Seite der Stadtgrenze liegt der Hamburger Stadtteil Rissen, verwaltet vom Bezirk Altona. Der will sein angrenzendes Wohnquartier namens Tinsdal schützen. Dafür hat die Bezirksversammlung im vergangenen Jahr einen neuen Bebauungsplan verabschiedet, der aus diesem Bereich Rissens ein reines Wohngebiet macht, wodurch zum Beispiel besonders niedrige Lärmschutzgrenzen gelten. Das aber durchkreuzt die Pläne auf Wedeler Gebiet mehrere Gewerbebetriebe anzusiedeln. Seit Jahren gibt es deshalb Streit zwischen Wedel und dem Bezirk und Altona. Der ist jetzt so weit eskaliert, dass Wedel vor dem Hamburgischen Obergericht klagen wird. Wie die [Tageszeitung "taz"](#) berichtet, ist die Klageschrift in Vorbereitung.

Lösung für Grenzkonflikt

"Wir werden mit allen juristischen Mitteln für Wedel kämpfen", sagt Bürgermeister Niels Schmidt. "Dieses Areal ist das letzte große Gelände, auf dem Wedel sich noch mit Ansiedlungen von Unternehmen entwickeln und Tausende von Arbeitsplätzen schaffen kann. Hier geht es um die Zukunft der Stadt."

Erst vor wenigen Wochen hatten die Wedeler noch einmal Hoffnung geschöpft, ohne Gerichtsverfahren zu ihrem Business Park zu kommen. Schmidt hatte die Altonaer Bezirksamtsleiterin Liane Melzer und Christoph Krupp, den Chef der Hamburger Senatskanzlei zu Gast. Auf allerhöchster Ebene sollte noch einmal nach einer Lösung für den Grenzkonflikt gesucht werden. Doch die gab es nicht.

"Wir haben Hamburg mehrfach und auf verschiedenen Ebenen Kompromisse angeboten – leider ohne Ergebnis", sagt der Bürgermeister der schleswig-holsteinischen Stadt. "Die Politiker der Bezirksversammlung Altona haben Empfehlungen ignoriert, die die Verwaltung mit uns ausgehandelt hatte." In der Tat hatten die Wedeler den Hamburgern angeboten, im direkten Grenzgebiet nur solche Betriebe anzusiedeln, die weniger Lärm verursachen als in einem Gewerbepark erlaubt ist. In anderen den Hamburgern wichtigen Bereichen rückte Wedel aber offenbar nicht von seinen Plänen ab. So wollten die Hanseaten einen breiten Grünstreifen zwischen dem Gewerbe- und ihrem Wohngebiet. Schmidt: "Wir sind vom Vorgehen der Hamburger Seite enttäuscht."

Verstoß gegen geltendes Recht?

Deshalb werde Wedel jetzt durch ein so genanntes Normenkontrollverfahren klären lassen, ob der Bebauungsplan, der den Namen Rissen 11 trägt, rechtmäßig ist. Vornehmlich zielen Schmidt und seine Verwaltung darauf ab, dass das Areal des geplanten Business Parks schon seit mehr als 100 Jahren als wirtschaftliche Fläche genutzt wurde. Die Raffinerie habe Emissionen verursacht, die weit über denen gelegen hätten, die im künftigen Gewerbegebiet zu erwarten sein.

Aufgrund der Historie des Geländes und der seit Jahren bekannten Pläne, auf dem Gelände Gewerbe anzusiedeln, hätten die Hamburger keinen Anspruch darauf gehabt, ihren Bereich als reines Wohngebiet auszuweisen. Der Bebauungsplan verstoße gegen geltendes Recht. Das sieht die Hamburger Seite anders. Henrik Strate, Vorsitzender des Planungsausschusses in Altona: "Wir haben das bisher bereits geltende Baurecht für den Bereich fortgeschrieben. Nach dem alten Baustufenplan war Tinsdal ein besonders geschütztes Wohngebiet, dem entspricht nach heutigem Recht das ‚reine Wohngebiet‘. Wir haben da nichts verschärft, sondern nur den bisherigen Status gesichert."

Die Klageandrohung aus Wedel sehe man gelassen. Strate: "Ich bin zuversichtlich, dass Altona auch vor Gericht Recht bekommen wird."